

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Dr. Werner Hoyer, Uwe Barth, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Dirk Niebel, Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Zur Situation und Entwicklung der Deutschen Schulen im Ausland

Das deutsche Auslandsschulwesen ist eines der wichtigsten Instrumente der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Es dient einem positiven Deutschlandbild und unmittelbar der deutschen Außenwirtschaft und damit der Förderung der politischen Beziehungen. Deutsche Schulen betreiben praktische Sympathiewerbung für die deutsche Sprache und Kultur. Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) betreut und unterstützt als Abteilung des Bundesverwaltungsamtes mit Hilfe des Auswärtigen Amtes und der Länder zurzeit 117 deutsche Auslandsschulen weltweit mit etwa 72 000 Schülern, wovon ungefähr 10 000 Kinder deutscher Staatsbürger sind, die zeitweilig für deutsche Unternehmen, Einrichtungen oder Auslandsvertretungen im Ausland tätig sind. Diese 117 deutschen Auslandsschulen teilen sich auf in 42 deutschsprachige Schulen, 46 Begegnungsschulen mit bi-kulturellem Schulziel sowie 27 landessprachige Schulen mit verstärktem Deutschunterricht und 2 selbstständige Berufsschulen. Darüber hinaus gibt es nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes weitere 370 von der Bundesrepublik Deutschland geförderte schulische Einrichtungen sowie deutsche Abteilungen an ausländischen staatlichen Schulen.

Die deutschen Schulen im Ausland sind in der Regel Vereine oder Stiftungen in privater Trägerschaft, die sich zum größten Teil über Schulgeld finanzieren.

Die Zuschüsse des Bundes sind in den letzten Jahren sogar nominal erheblich gesunken. Noch 1999 betragen sie 195 Mio. Euro, für 2006 sind nur noch knapp 172 Mio. Euro vorgesehen.

Die inflationsbereinigten Mindereinnahmen der Schulen sind von Land zu Land unterschiedlich, jedoch insgesamt erheblich.

Nachdem in den vergangenen Jahren diese Zuwendungen für Betriebskosten und Personal an deutschen Auslandsschulen drastisch reduziert worden sind, stehen viele der Schulen vor erheblichen finanziellen Problemen. Schulgeld-erhöhungen und Reduktion der Betriebs- und Personalkosten sind die einzige Möglichkeit, die Schulen weiterzuführen.

Die Außenhandelskammern warnen vor einem Ansehensverlust deutscher Auslandsschulen gegenüber anderen internationalen Schulen vor Ort.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung hat nach Ansicht der Bundesregierung das deutsche Auslandsschulwesen für die auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik?
2. Welche Bedeutung hat das Auslandsschulwesen für die mittel- und langfristige Sicherung deutscher kultureller und wirtschaftlicher Interessen?
3. In welchem Umfang haben sich die Bundesmittel und – bitte getrennt auflisten – die übrigen Mittel (z. B. Schulgeldaufkommen, Spenden) kursbereinigt für die deutschen Auslandsschulen seit 1999 entwickelt?
4. Welche neben den Auslandsschulen geförderten sonstigen schulischen Einrichtungen bzw. deutsche Abteilungen an staatlichen Schulen sowie europäische Schulen werden wie und in welchem Umfang aus dem Schulfonds personell und finanziell unterstützt (bitte Auflistung)?
5. Welche Mittel sind im Schulfonds für nicht unmittelbar auslandsschulspezifische Zwecke veranschlagt (z. B. Fachberater Goethe-Institut) (bitte Auflistung)?
6. Welche Verbesserungsmöglichkeiten gibt es nach Ansicht der Bundesregierung bei der Zusammenarbeit zwischen dem Goethe-Institut, den Auslandsschulen und den deutschen Auslandsvertretungen um Synergieeffekte (z. B. bei Künstlerreisen, bei der räumlichen und personellen Organisation von Sprachkursen, bei der administrativen Verwaltung usw.) noch wirksamer werden zu lassen?
7. Wie hoch beziffert die Bundesregierung das daraus ggf. resultierende Einsparpotential?
8. Wie viele deutsche Lehrkräfte wurden in den Jahren 2000 bis 2005 entsandt, und wie wird sich diese Zahl nach den Planungen der Bundesregierung und der Länder entwickeln?
9. Wie hoch plant die Bundesregierung die Finanzzuweisungen des Bundes für das Auslandsschulwesen in den nächsten Jahren?
10. Wie kann die Finanzierung des deutschen Auslandsschulwesens über die Finanzzuweisungen hinaus nachhaltig gesichert werden?
11. Wie bewertet die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit den Bundesländern im Hinblick auf das Auslandsschulwesen?
12. Welche Folgen aus der geplanten Föderalismusreform werden nach den Vorstellungen der Bundesregierung für das Auslandsschulwesen relevant?
13. Sind der Bundesregierung Nachteile insbesondere der Kinder von zeitweise im Ausland lebenden Deutschen bekannt, die darauf beruhen, dass verschiedene deutsche Schulen im Ausland sich an den Vorschriften unterschiedlicher Bundesländer orientieren?

14. Inwieweit sind sie ggf. von den für die verschiedenen Bundesländer ermittelten Bonus- bzw. Malusregelungen im Hinblick auf das Abitur betroffen?
15. Wie hoch sind die vom Bund getragenen jährlichen Reisekosten der unterschiedlichen Länderbeauftragten zur Abnahme von Prüfungen?
16. In welchem Umfang sollte nach Ansicht der Bundesregierung das Verhältnis von Entsandten zu Ortskräften stehen, um den Charakter einer deutschen Auslandsschule zu wahren?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik einiger Außenhandelskammern, durch den Abbau der Finanzierungen sei es zu einem Ansehensverlust vor Ort und damit zu einem Ansehensverlust Deutschlands gekommen?
18. Wie definiert die Bundesregierung die unterschiedlichen Rollen von deutschsprachigen Schulen, Begegnungsschulen und landessprachlichen Schulen mit verstärktem Deutschunterricht?
19. Wie steht die Bundesregierung zur Einführung des Internationalen Baccalaureats (IB) neben dem oder als Ersatz für das Abitur, wenn die Schulträger dies zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit wünschen?
20. Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, neben den bereits existierenden englisch-, spanisch-, französisch- und chinesischsprachigen Varianten des IB auch eine deutschsprachige Variante dieses international hoch anerkannten Hochschulzugangs zu fördern?
21. Plant die Bundesregierung zur Stärkung des Bildungsstandorts Deutschland Maßnahmen, um die Visaerteilung für Studienanfänger mit Abschlüssen von deutschen Schulen im Ausland zu erleichtern?
22. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von Problemen deutscher Auslandsschulen in den Vereinigten Staaten von Amerika, weil deutsche Lehrkräfte keine Visa mit Arbeitserlaubnis erlangen bzw. bestehende Visa mit Arbeitserlaubnis nicht verlängert werden?
23. Was hat die Bundesregierung ggf. zur Lösung dieser Probleme unternommen bzw. was beabsichtigt sie zu tun?

Berlin, den 9. Mai 2006

Cornelia Pieper
Dr. Werner Hoyer
Uwe Barth
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff

Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Hans-Michael Goldmann
Miriam Groß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Ina Lenke
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Dirk Niebel

Detlef Parr
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Marina Schuster
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

